



Vereinigung der Unternehmensverbände
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

Begrüßung und Einführung

für UVNord-Präsident Uli Wachholtz

Jahresauftaktveranstaltung

zum Thema

„Perspektiven für Hamburg und Schleswig-Holstein“

Donnerstag, 12. Januar 2012, 11:00 – 13:00 Uhr (Einlass: 10:30 Uhr),
Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72, 20099 Hamburg

„Perspektiven für Hamburg und Schleswig-Holstein“

Dieses Generalthema prägt den heutigen Neujahrsempfang von UVNord, zudem ich Sie hier im Hotel Atlantic in Hamburg alle sehr herzlich begrüße.

Die Mitgliedsverbände von UVNord, Präsidium, Vorstand sowie unser Hauptgeschäftsführer freuen sich, dass Sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind. Mit Ihrer Teilnahme am Neujahrsempfang signalisieren Sie Solidarität mit UVNord und natürlich Interesse an dem heutigen Thema. Für beides danke ich Ihnen. Herzlich willkommen.

Ein besonderer Gruß gilt unseren Ehrengästen, die heute zu uns sprechen werden, nämlich dem Präses der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation der Freien und Hansestadt Hamburg, Herrn Senator Frank Horch, und dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Jost de Jager!

Aus der großen Schar unserer prominenten Gäste aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, von den Hochschulen, Kirchen, Medien, den Gewerkschaften, der Polizei und der Bundeswehr begrüße ich stellvertretend für alle die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, Dr. Philipp Murmann und Dr. Johann Wadephul, die Mitglieder des Hamburger Senats, insbesondere den Präses der Finanzbehörde Herrn Senator Dr. Peter Tschentscher mit seinem Staatsrat Jens Lattmann sowie die Damen und Herren Staatsräte Elke Badde aus der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, Dr. Bernd Egert und Andreas Rieckhof aus der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation und last not least Dr. Michael Voges aus der Behörde für Schule und Berufsbildung.

Für die vielen Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft heiße ich besonders herzlich willkommen den Ersten Vizepräsidenten Frank Schira sowie die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, GAL und FDP Dr. Andreas Dressel, Dietrich Wersich, Jens Kerstan und Katja Suding.

Für die schleswig-holsteinische Landesregierung und die vielen Mitglieder des Landtages begrüße ich die Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht, Finanzminister Rainer Wiegard und den Chef der Staatskanzlei Dr. Arne Wulff.

Für die Vertreter der Gewerkschaften begrüße ich den Landesbezirksleiter von ver.di Wolfgang Rose, den Präsidenten unseres Landesrechnungshofes Dr. Jann Meyer-Abich, für die Bezirke, Kreise, kreisfreien Städte und Kommunen in Hamburg und SH begrüße ich stellvertretend für alle den Leiter des Bezirksamts Eimsbüttel Dr. Torsten Sevecke sowie die Stadtpräsidentin der Landeshauptstadt Kiel Cathy Kietzer, den Oberbürgermeister der Stadt Neumünster Dr. Olaf Tauras, sowie die vielen anwesenden Kreispräsidenten und Landräte unserer Kreise in Schleswig-Holstein.

Für die beinahe vollständig anwesenden Mitglieder des Diplomatischen Korps aus Hamburg und Schleswig-Holstein begrüße ich stellvertretend für alle die Generalkonsulin der Vereinigten Staaten von Amerika Inmi Patterson sowie den Doyen des Diplomatischen Corps aus Schleswig-Holstein Konsul Volkert Knudsen.

Für die uns befreundeten Kammern und Verbände begrüße ich stellvertretend den Präsidenten der IHK Schleswig-Holstein Andreas Leicht den Hauptgeschäftsführer unserer

Handelskammer Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz und für unsere Schwesternvereinigung in Mecklenburg-Vorpommern deren Hauptgeschäftsführer Dr. Thomas Klischan.

Ein herzliches Willkommen spreche ich auch dem Präsidenten unserer Hanseatischen Wertpapierbörse Dr. Friedhelm Steinberg aus.

Und zu guter Letzt heiße ich all meine Kolleginnen und Kollegen aus den Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein willkommen. Sie alle repräsentieren die Gemeinschaft von UVNord, der über seine 67 angeschlossenen Mitgliedsverbände die Interessen von mehr als 31.000 Unternehmen in beiden Bundesländern vertritt, in denen heute mehr als 1,38 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung finden.

Ihnen allen und all jenen, die ich in meinem Begrüßungskatalog möglicherweise nicht erfasst habe, ein herzliches Willkommen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ein spannendes Jahr liegt hinter uns und das neue Jahr scheint genauso ereignisreich zu beginnen, wie das alte abgeschlossen hat. Eurokrise, steigende Rohstoffpreise, Fachkräftemangel, Streiks von Spartengewerkschaften, Diskussionen um gesetzliche Mindestlöhne, desaströse Haushaltssituationen im Bund, in den Ländern und Kommunen – das sind nur einige der Themen, die das vergangene Jahr dominiert und die uns auch noch im neuen Jahr beschäftigen werden.

I.

Wenn wir den Blick auf Europa richten, dann zeigen die Beschlüsse des jüngsten Krisengipfels in die richtige Richtung, auch wenn noch viele politische und rechtliche Fragen offen sind. Klar ist, dass wir für eine dauerhafte Stabilisierung der Währungsunion in den überschuldeten Staaten die notwendigen Strukturreformen unverzüglich in Angriff nehmen müssen. Und dazu zählen nationale Schuldenbremsen, die konsequenterweise auch in den nationalen Verfassungen verankert werden müssen. Nur so wird Finanzpolitik glaubhaft und nur so wird wieder Vertrauen erzeugt, das dringender denn je nötig ist. Die Euroländer benötigen ein starkes Korsett, klare Spielregeln, ein effektiveres Krisenmanagement, auch wenn dazu die Verträge geändert werden müssen. Etwas zuversichtlich stimmt, dass jene Staaten, die besonders stark von der Krise betroffen sind, erste Fortschritte erzielt haben. Irland hat sein Budgetdefizit von 32 % auf 10 % gedrückt. Spanien und Portugal werden seit 2009 immerhin eine Verbesserung um 5 bzw. 4 %-Punkte geschafft haben. Allerdings sind diese Krisenstaaten mit Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen allein nicht wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Schließlich mangelt es ihnen vor allem an Wettbewerbsfähigkeit – was sich zum Beispiel in der Entwicklung ihrer Lohnstückkosten widerspiegelt. So sind die Arbeitslöhne in Spanien und in Griechenland im Verhältnis zum BIP von 2000 bis 2011 jeweils um 15 % und um 18 % gestiegen, in Italien sogar um ganze 23 %, in Deutschland dagegen sind die Lohnstückkosten nach dieser – von der EU veröffentlichten – Rechnung dagegen um 4 % gesunken. Damit die Krisenstaaten im internationalen Wettbewerb wieder mithalten können, müssen sie vor allem produktiver werden. Hierfür sind Strukturreformen in diesen Ländern unabdingbar und das bedeutet: Abbau von Bürokratie, Liberalisierung des Arbeitsmarktes und eine erhebliche Verkleinerung des Staatsapparats. Spanien ist bereits auf dem richtigen Weg – das Land hat den Kündigungsschutz gelockert, gibt Firmen in Krisenzeiten die Möglichkeiten, aus Tarifverträgen auszuscheren und hat das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 Jahre angehoben. Viele der richtigen Weichenstellungen des

letzten Gipfels wurden ganz wesentlich beeinflusst von unserer Bundeskanzlerin, der an dieser Stelle für ihren Einsatz und ihr Krisenmanagement Respekt gebührt.

II.

Doch die Bewältigung der Eurokrise ist längst nicht die einzige Baustelle der Kanzlerin und der schwarz-gelben Koalition in Berlin. Haushaltskonsolidierung, Bürokratieabbau und Deregulierung, Reformen unserer sozialen Sicherungssysteme und eine echte Steuerreform stehen ebenfalls noch als ungelöst im Hausaufgabenheft dieser Bundesregierung wie verlässliche Antworten auf die Fragen der Energieversorgung der Zukunft. Gerade der Ausstieg aus der Kernenergie dürfte noch zur Herkulesaufgabe werden, in erster Linie vor dem Hintergrund, dass die Energiekosten in Deutschland bereits heute im internationalen Vergleich sehr hoch sind, und in vielen Fällen unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft teuer zu stehen kommen. Zusätzliche Kostensteigerungen werden den Industriestandort Deutschland massiv bedrohen und ich hoffe nicht, dass wir dies mit dem teuersten Gut, das wir haben, bezahlen – nämlich mit Arbeitsplätzen. Und bis jetzt ist nicht geklärt, wie der Ausfall der Kernenergie adäquat ersetzt werden soll, wenn ein dazu notwendiger Leitungsbau genauso an den langen Planungs- und Genehmigungszeiträumen scheitert, wie an der immer begrenzteren Sicht örtlicher Bürgerbewegungen. So kann das nicht weitergehen. Vor dem Hintergrund dieser noch ungelösten Probleme passen dann Diskussionen um die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne genauso wenig in die Zeit, wie etwaige Steuergeschenke, die jeden Haushaltskonsolidierungskurs konterkarieren. Was wir dringend bräuchten, wäre eine Steuervereinfachung und eine Abschaffung der vielen Steuerarten.

III.

Kommen wir jedoch von der Spree an die Elbe. Hamburg hat einen neuen Ersten Bürgermeister, einen neuen Senat. Dieser ist, ausgestattet mit einer ausreichenden Mehrheit, angetreten vor allem mit dem Versprechen guten Regierens. Und aus der Sicht der Arbeitgeber dieser Stadt ist der neue Senat diesem Anspruch bislang auch gerecht geworden. Ein Fakt ist dennoch nicht zu übersehen: Auch wenn der Senat neu ist, die Probleme sind im Wesentlichen die alten geblieben.

Sehr hohe Priorität wird daher auch in diesem Jahr die Konsolidierung des Haushalts haben. Kurz vor Weihnachten haben Sie, sehr geehrter Herr Senator Dr. Tschentscher, deutlich gemacht, dass unsere Hansestadt als Konzern schon pleite wäre. Nur ist Hamburg eben kein Konzern, sondern ein Stadtstaat, mit entsprechender Verantwortung für Daseinsvorsorge und Gemeinwohl. Wenn Sie eine strengere Ausgabendisziplin fordern, sind wir absolut bei Ihnen und wünschen uns dennoch darüber hinaus, dass die Schuldenbremse in der Hamburger Verfassung genauso verankert werden muss, wie es unser nördlicher Nachbar Schleswig-Holstein vorgelebt hat. In Schleswig-Holstein ist unter anderem die einzelbetriebliche Investitionsförderung fast völlig abgeschafft worden, mit der ausdrücklicher Zustimmung und Unterstützung der Wirtschaft. Bei entsprechenden Haushalten, die konstruktiv in die Richtung „keine Neuverschuldung“ weisen, wird die Wirtschaft auch in der Hansestadt solche Einschnitte aktiv und helfend begleiten. Die Arbeitgeber dieser Stadt, sehr geehrter Senator, sind bereit, Ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten.

Natürlich wissen auch wir, dass Kürzen allein nicht reicht, sondern dass dieser Senat – wie in der jüngsten Vergangenheit – auch Signale auf Wachstum und Beschäftigung setzen muss. Der „Masterplan Industrie“, der Masterplan für das Handwerk, die bevorstehende

Fahrrinnenanpassung der Elbe und der gleichzeitige Ausbau der Nord-Ostsee-Kanals werden ihren Beitrag für die Zukunft unserer Stadt - und der gesamten Metropolregion leisten.

Und helfen kann bei der notwendigen Haushaltskonsolidierung auch eine deutlich engere Zusammenarbeit mit dem Nachbarland im Norden, mit Schleswig-Holstein und natürlich auch mit Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. Das Potential der Zusammenarbeit ist noch längst nicht ausgeschöpft, beispielsweise würde uns eine gemeinsame Wirtschaftsförderung, eine gemeinsame Landesplanung, aber auch die Zusammenlegung unserer Landesrechnungshöfe – nicht nur psychologisch – einen erheblichen Schritt voranbringen. Hier gibt es noch viele Schnittmengen und vermeidbare Doppel- und Mehrfacharbeit, ganz abgesehen davon, dass, wenn wir enger zusammenrücken, die Position des Nordens auch politisch in Berlin und Brüssel stärker wahrgenommen wird.

Noch mal an die Elbe, direkt dorthin, ein klares Wort zur Elbphilharmonie: Wie der Präses der Handelskammer Horst Melsheimer beim Ehrbaren Kaufmann und wie Lars Haider beim Abendblatt-Empfang, so will auch ich an dieser Stelle kräftig appellieren: Bei allem, was bis jetzt passiert ist, sie steht nun schon in voller Höhe da. Nun wollen wir sie auch in Betrieb nehmen, möglichst bald und wir freuen uns drauf!

Vor wenigen Tagen schrieb unser Erster Bürgermeister im Abendblatt in der Serie „Visionen für Hamburg“, dass er sich nicht nur vorstellt, dass im Jahr 2030 der HSV mit dem FC St. Pauli erneut um die deutsche Meisterschaft spielt, sondern dass es zu dieser Zeit normal ist, dass sich die Kabinette der Nord-Bundesländer zur monatlichen gemeinsamen Sitzung treffen. Einerseits macht das Mut, andererseits wirft es gleich die Frage auf, warum erst 2030? Ich für mich z.B. fürchte, das u.U. gar nicht mehr zu erleben und was würde ich verpassen?!

IV.

Und beim Stichwort erleben kommen wir von der Elbe an die Förde, an die Kieler Förde. Hier haben wir etwas Außergewöhnliches erlebt: Schleswig-Holstein hat, wie schon angesprochen, eine Schuldenbremse in die Verfassung implementiert und folgerichtig auch mit der Haushaltskonsolidierung Ernst gemacht, ein umfassendes Programm verabschiedet, das (leider) auch der Wirtschaft schmerzhaft Einschnitte brachte. Die Wirtschaft allerdings hat diesen Kurs mitgetragen und sie steht auch im neuen Jahr geschlossen dahinter. Warum beim Kürzen der Mehrausgaben allerdings ausgerechnet der Bereich der öffentlichen Verwaltung von den Beschlüssen des Kieler Kabinetts ausgenommen wurde, bleibt rätselhaft. Auch im neuen Jahr bleibt das Land überverwaltet und daher gehört eine umfassende Verwaltungs- und Strukturreform bis hin zu einer Kreis- und Gebietsreform zu den künftigen politischen Aufgaben. Dass das geht, hat uns Mecklenburg-Vorpommern vorgemacht.

Das kommende Jahr beschert Schleswig-Holstein mal wieder eine Wahl, am 6. Mai wird in SH gewählt, die Karten neu gemischt, hoffen wir im Sinne der Arbeitsfähigkeit für Hamburg wie für Schleswig-Holstein, dass dann die Wahlperioden auch mal wieder vollständig absolviert werden.

V.

Für die norddeutsche Wirtschaft war 2011 ein gutes Jahr. Die Unternehmen haben wieder mehr umgesetzt, wieder mehr investiert und sie haben vor allem zahlreiche neue und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist exzellent. Die Quote in Hamburg sank zum Jahreswechsel auf 7,3 und in

Schleswig-Holstein auf 6,9 %. Die Lage und die Stimmung in den Unternehmen in Hamburg und Schleswig-Holstein zum Jahresende war gut, mit einer leichten Eintrübung zum Jahresende hin. Dennoch blicken die Unternehmen mit vorsichtiger Zuversicht ins neue Jahr. Der Norden wird, so die Ergebnisse unserer Befragungen, möglicherweise sogar eine Schippe über der Prognose für das wirtschaftliche Wachstum im Bund liegen.

Das setzt aber auch voraus, dass wir mit Augenmaß in die nächste Tarifrunde gehen. Gerade in den Schlüsselbranchen ist es wichtig, nicht den großen Schluck aus der Lohnpulle zu nehmen, sondern vielmehr muss der Arbeitsplatzsicherheit Vorrang eingeräumt werden, denn das Blatt kann sich schnell wenden: Die Krise in der Eurozone, aber auch die weiter steigenden Rohstoffpreise werden auch an uns nicht spurlos vorbeigehen.

Auf dem Wunschzettel der norddeutschen Wirtschaft steht nicht nur eine Tarifrunde mit Augenmaß, sondern auch die Anerkennung der Tarifautonomie, die Tarifeinheit, das Beenden der Diskussion um die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne, das Beenden der Diskussion um die Einführung von Frauenquoten und – was wir auch nicht benötigen – sehr geehrter Herr Senator Horch, ein neues Vergaberecht in unserer Stadt, wie es sich der DGB derzeit vorstellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Ihnen allen wünsche ich für das neue Jahr 2012 unternehmerischen Erfolg, privates Glück, Gesundheit und ein friedvolles Miteinander!

Das Wort hat nunmehr der Präses der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation unserer Freien und Hansestadt Hamburg, Herr Senator Frank Horch, und im Anschluss daran der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Herr Jost de Jager.

Sehr geehrter Herr Senator,
sehr geehrter Herr Minister,
wir freuen uns auf Ihre Einschätzungen über die wirtschaftliche Entwicklung unserer beiden Bundesländer und über Ideen für eine verstärkte Zusammenarbeit.

Ihnen allen danke ich für die aufmerksame Geduld!

Hamburg, 12.01.2012